



Regierungsratsbeschluss vom 27. Januar 2026

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD, Änderung des Finanzinstitutsgesetzes (Zahlungsmittelinstigate und Krypto-Institute); Vernehmlassung

P251670

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Finanzdepartement EFD.

Begründung

Der Regierungsrat begrüßt die Änderung des Finanzinstitutsgesetzes, welche auch Zahlungsmittelinstigate und Krypto-Institute einbezieht. Durch eine klarere Regulierung des Krypto-Marktes wird rechtliche Sicherheit geschaffen, was den Schutz der Kundinnen und Kunden sowie die Integrität des Finanzsystems stärkt. Diese Anpassung ermöglicht zudem eine sichere und verantwortungsvolle Nutzung innovativer Finanztechnologien wie Kryptowährungen. Eine einheitliche Regulierung trägt zur Förderung des Vertrauens in den Krypto-Markt bei und erleichtert die Integration von Krypto-Dienstleistungen in den traditionellen Finanzsektor. Allerdings sollte die Vorgabe zur Aufbewahrung der Kundengelder weiter präzisiert werden, um Klumpenrisiken sowie höhere Kosten im traditionellen Bankenmarkt zu vermeiden. Zudem sollte der für Kryptowährungen benötigte Strom nachhaltig bereitgestellt werden.

